

# Informationsfreiheit für Bayern

Bündnis für mehr Transparenz

[ifg-bayern@mehr-demokratie.de](mailto:ifg-bayern@mehr-demokratie.de)  
[www.informationsfreiheit.org](http://www.informationsfreiheit.org)

## Newsletter des Bündnisses für Informationsfreiheit in Bayern 1 / 2009

Inhalt:

- 1) Prien am Chiemsee: Erste Informationsfreiheits-Satzung Bayerns in Kraft
- 2) Fünf Jahre Bündnis für Informationsfreiheit in Bayern
- 3) Neue Gesetze für Informationsfreiheit in anderen Bundesländern beschlossen
- 4) Befreite Dokumente
- 5) nachgehakt - Eine Textsammlung für die journalistische Praxis

=====

- 1) Prien am Chiemsee: Erste Informationsfreiheits-Satzung Bayerns in Kraft

Da die CSU-Regierung sich hartnäckig weigert, ein landesweites Informationsfreiheitsgesetz zu schaffen, haben wir den Gemeinden nahegelegt, selbst Transparenz vor Ort herzustellen - mit einer von uns entwickelten kommunalen Informationsfreiheits-Satzung.

Prien ist bayernweit die erste Gemeinde, die das Vorhaben in die Tat umgesetzt hat; am 1.1.09 ist die "Satzung zur Regelung des Zugangs zu Informationen des eigenen Wirkungskreises der Marktgemeinde Prien am Chiemsee" in Kraft getreten.

Unsere Presseerklärung, das Presse-Echo und die Satzung finden Sie auf unserer Homepage  
[www.informationsfreiheit.org/1788.html](http://www.informationsfreiheit.org/1788.html)

Wir freuen uns riesig über diesen Erfolg und appellieren an Sie, diese gute Nachricht weiterzuschicken und jetzt vor Ort ebenfalls aktiv zu werden und dabei Prien deutlich als Bezugsfall hervorzukehren.

+++++

- 2) Fünf Jahre Bündnis für Informationsfreiheit in Bayern

Im kommenden Frühjahr besteht unser Bündnis fünf Jahre. Aktuell gehören 14 Organisationen dazu (und es dürfen gerne noch mehr werden).

Dies ist ein Grund zum Feiern, zumal wir jetzt nach fünf Jahren einen ersten handgreiflichen Erfolg eingefahren haben. Die Einladung folgt, sobald Ort und Zeit feststehen.

+++++

**Diese Initiative wird u.a. getragen von:**

Mehr Demokratie e.V.  
Transparency International (TI) Deutschland e.V.  
Humanistische Union e.V.  
LV Bayern  
Arbeitsgemeinschaft selbstständige Unternehmer  
Bayerischer Journalistenverband (BJV)  
Bund Naturschutz in Bayern Bündnis 90 / Die Grünen Bayern  
Deutsche Journalistinnen- und Journalistenunion (DJU) in Bayern  
FDP Bayern  
Förderkreis IT- und Medienwirtschaft e. V.  
Netzwerk Recherche e. V.  
Ökologisch-Demokratische Partei (ödp) Bayern  
Omnibus gGmbH  
Piratenpartei Bayern

**Kontakt über:**

Mehr Demokratie e.V.  
Jägerwirtstr. 3  
81373 München  
tel.: 089-8211774  
fax: 089-8211176

### 3) Neue Gesetze für Informationsfreiheit in anderen Bundesländern beschlossen

Rheinland-Pfalz, den 12. November 2008

Der Landtag hat heute das "Landesgesetz zur Einführung des Rechts auf Informationszugang in Rheinland-Pfalz" verabschiedet. Es tritt am 1. Januar 2009 in Kraft, siehe

Sachsen-Anhalt, den 26. Juni 2008

Das Informationszugangsgesetzes (IZG LSA) für das Land Sachsen-Anhalt tritt am 1. Oktober 2008 in Kraft, siehe

Thüringen, den 20 Dezember 2007

Der Landtag hat am 20. Dezember 2007 das Thüringer Informationsfreiheitsgesetz (ThürIFG) beschlossen (GVBl. S. 256), siehe

Damit haben 11 der 16 Bundesländer Informationsfreiheitsgesetze eingeführt.

Der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei Staatsminister Siegfried Schneider hat in einem Brief vom 1. Dezember 2008 an unser Bündnis betont, dass die Bayerische Staatsregierung nicht plane, in der neuen Legislatur-Periode ein Informationsfreiheitsgesetz für den Freistaat Bayern zu schaffen.

+++++

### 4) Befreite Dokumente

Der Chaos Computer Club e.V. (CCC) und der Verein zur Förderung des öffentlichen bewegten und unbewegten Datenverkehrs e.V (FoeBuD) haben eine Aktensammelstelle der Informationsfreiheitsgesetze der Länder und des Bundes eingerichtet. Damit soll erreicht werden, dass alle Bürgerinnen und Bürger möglichst leicht und schnell von den Informationsfreiheitsgesetzen profitieren können. Dort können Sie die Dokumente, die Sie aus den Aktenkellern "befreit" und vielleicht teuer bezahlt haben, unkompliziert auch anderen Interessierten zugänglich machen bzw. selbst von dort gesammelten Akten profitieren.

Link zur Aktensammelstelle: <http://www.befreite-dokumente.de/>

+++++

### 5) nachgehakt - Eine Textsammlung für die journalistische Praxis

Alle wissen, dass Behörden Auskunft geben müssen. Genauso sind auch öffentliche GmbHs zur Offenheit verpflichtet. Doch was tun, wenn ein Amt nur Ausflüchte verteilt und ein kommunaler Geschäftsführer meint, er leitet eine Privatfirma?

Die neue Internet-Seite "nachgehakt" des netzwerk recherche zeigt, mit Hilfe welcher Gesetze man sein Recht erstreiten kann. Der Herausgeber Prof. Udo Branahl gilt als einer der renommiertesten Presserechter Deutschlands. Anhand von konkreten Fällen schlüsselt Branahl in "nachgehakt" auf, wie Journalisten ihr Recht auf Auskunft gegenüber staatlichen Behörden durchsetzen können. Egal auf welcher Ebene, von der

Kreisverwaltung bis zum Bundesministerium. In der umfangreichen Dokumentensammlung kann zudem jeder Interessierte nachlesen, wie er Anträge richtig formuliert und mit widerspenstigen Ämtern umgehen kann. Weitere Einzelheiten [hier](#)